

Gemeinsame Trägerschaft für die Uni Basel

Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'

An der Notwendigkeit einer gemeinsamen Trägerschaft für die Uni Basel wagt kaum jemand zu rütteln. Einzig die SVP bringt Kritikpunkte an der Vorlage an: Die Trägerschaft soll nicht nur für das Baselbiet und Basel-Stadt gelten, sondern für alle Kantone der Nordwestschweiz.

ans. Noch ist die Vorlage für die gemeinsame Trägerschaft der beiden Basel für die Universität Basel in der Vernehmlassung. Doch bereits am 1. Januar 2007 soll das Baselbiet die Uni mitfinanzieren; per diesem Datum wird laut dem Baselbieter Bildungsdirektor Urs Wüthrich die gemeinsame Trägerschaft zu Stande kommen. Und dann wird die Landschaft zur Kasse gebeten: Der Kanton zahlt gemäss Vorlage nicht nur die Vollkostenrechnung für seine Studierenden, sondern auch die Hälfte des Restdefizits.

Diskussion lancieren

Grund genug für den Förderverein Uni Basel, das Thema in der Öffentlichkeit auf den Tisch zu bringen und für die Trägerschaft zu werben. Am Donnerstagabend moderierte deshalb Förderverein-Präsident Jean-Luc Nordmann eine trotz namhafter Besetzung schwach besuchte Podiumsdiskussion. «Wir wollen zeigen, dass alle von einer starken Universität profitieren», erklärte der Direktor für Arbeit beim Staatssekretariat für



Für Ungemach sorgt die Finanzierung der Uni Basel: Christoph Eymann, Paul Herrling, Urs Wüthrich, Jean-Luc Nordmann, Ulrich Gäbler, Sandra Stämpfli und Karl Willimann (von links). Bild Andreas Schwald

Wirtschaft (seco) aus Arlesheim das Ziel des Fördervereins.

Niemand wagt derzeit, das Prinzip der gemeinsamen Trägerschaft für die Alma Mater infrage zu stellen. Wüthrich sprach von einer «Zukunftssicherung»: Gemeinsam werde der Leistungsauftrag formuliert sowie der Unirat besetzt. Denn immerhin stammen rund 23 Prozent der Studierenden aus dem Baselbiet; sie machen den Löwenanteil aus.

«Uni ist kein Selbstzweck»

«Die Uni ist nie Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, sie dient als Motor der Wirtschaft», ergänzte der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann. Gerade deshalb sei eine gemeinsame Trägerschaft wichtig: «Für eine sichere Zukunft muss die Universität stark sein und sich auf nationaler Ebene profilieren.» Ein Kanton mit rund 180 000 Einwohnern sei zu klein, um allein eine Uni mit sieben Fakultäten in die Prosperität zu führen.

Uni-Rektor Ulrich Gäbler unterstrich, dass die Uni Basel in Wissenschaft und Forschung in der Schweiz an Bedeutung

stark zunehme. Die stetig steigenden Studierendenzahlen würden dies nur bestätigen: «Nun braucht es eine starke Trägerschaft für eine starke Uni.» Auch Novartis-Forschungschef Paul Herrling lobte die geplante bikantonale Zusammenarbeit. Die Nähe zur Uni sei für die industrielle Forschung fundamental, denn diese ergänze sich ideal mit der Grundlagenforschung an der Hochschule.

Ob und wie sich die gemeinsame Trägerschaft direkt auf die Studierenden auswirken wird, wagt Jus-Studentin Sandra Stämpfli noch nicht zu sagen. «Es muss sich erst zeigen, ob wir von diesem Vertrag profitieren können.» Gäbe es jedoch noch mehr Studierende, müsse dringend in die Infrastruktur investiert werden.

SVP kritisiert Finanzierung

Poltern konnte einzig SVP-Landrat Karl Willimann: «Wir befürworten zwar die Trägerschaft, aber sie geht nicht weit genug.» Die Partei fordert in ihrer Stellungnahme eine finanzielle Beteiligung der Kantone Solothurn und Aargau, die ebenfalls einen respektable Teil der

Studierenden stellen, sowie eine Kostenverteilung nach Finanzstärke. Zudem soll die Uni Basel in Uni beider Basel umbenannt werden. «Ähnlich der Fachhochschule Nordwestschweiz», so Willimann.

«Der Finanzausgleich wird auf nationaler Ebene erledigt», winkte Eymann die finanziellen Einwände ab. Man sei den Baselbietern bereits entgegengekommen: Die Aufteilung des Restdefizits geschehe gerade deshalb paritätisch und nicht nach den Studierendenzahlen. Zudem müsse man sich gut überlegen, ob man einen 550 Jahre alten Namen abändern wolle.

Willimann und Wüthrich betonten allerdings, dass sie eine Volksabstimmung begrüssen würden, auch wenn das Geschäft Ende Sommer im Parlament behandelt werden dürfte. Die Abstimmung würde somit in den März 2007 fallen. «Es ist dem Thema nur angemessen, dass das Volk sagt, was es will», so Wüthrich: Immerhin hat das Stimmvolk einer gemeinsamen Fachhochschule Nordwestschweiz auch schon mit 74 Prozent zugestimmt.

Gemeinsame Trägerschaft für die Uni Basel

Wes' Brot ich ess', des' Lied ich sing'

An der Notwendigkeit einer gemeinsamen Trägerschaft für die Uni Basel wagt kaum jemand zu rütteln. Einzig die SVP bringt Kritikpunkte an der Vorlage an: Die Trägerschaft soll nicht nur für das Baselbiet und Basel-Stadt gelten, sondern für alle Kantone der Nordwestschweiz.

ans. Noch ist die Vorlage für die gemeinsame Trägerschaft der beiden Basel für die Universität Basel in der Vernehmlassung. Doch bereits am 1. Januar 2007 soll das Baselbiet die Uni mitfinanzieren; per diesem Datum wird laut dem Baselbieter Bildungsdirektor Urs Wüthrich die gemeinsame Trägerschaft zu Stande kommen. Und dann wird die Landschaft zur Kasse gebeten: Der Kanton zahlt gemäss Vorlage nicht nur die Vollkostenrechnung für seine Studierenden, sondern auch die Hälfte des Restdefizits.

Diskussion lancieren

Grund genug für den Förderverein Uni Basel, das Thema in der Öffentlichkeit auf den Tisch zu bringen und für die Trägerschaft zu werben. Am Donnerstagabend moderierte deshalb Förderverein-Präsident Jean-Luc Nordmann eine trotz namhafter Besetzung schwach besuchte Podiumsdiskussion. «Wir wollen zeigen, dass alle von einer starken Universität profitieren», erklärte der Direktor für Arbeit beim Staatssekretariat für



Für Ungemach sorgt die Finanzierung der Uni Basel: Christoph Eymann, Paul Herrling, Urs Wüthrich, Jean-Luc Nordmann, Ulrich Gäbler, Sandra Stämpfli und Karl Willimann (von links). Bild Andreas Schwald

Wirtschaft (seco) aus Arlesheim das Ziel des Fördervereins.

Niemand wagte derweil, das Prinzip der gemeinsamen Trägerschaft für die Alma Mater infrage zu stellen. Wüthrich sprach von einer «Zukunftssicherung»: Gemeinsam werde der Leistungsauftrag formuliert sowie der Unirat besetzt. Denn immerhin stammen rund 23 Prozent der Studierenden aus dem Baselbiet; sie machen den Löwenanteil aus.

«Uni ist kein Selbstzweck»

«Die Uni ist nie Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck, sie dient als Motor der Wirtschaft», ergänzte der Basler Erziehungsdirektor Christoph Eymann. Gerade deshalb sei eine gemeinsame Trägerschaft wichtig: «Für eine sichere Zukunft muss die Universität stark sein und sich auf nationaler Ebene profilieren.» Ein Kanton mit rund 180 000 Einwohnern sei zu klein, um allein eine Uni mit sieben Fakultäten in die Prosperität zu führen.

Uni-Rektor Ulrich Gäbler unterstrich, dass die Uni Basel in Wissenschaft und Forschung in der Schweiz an Bedeutung

stark zunehme. Die stetig steigenden Studierendenzahlen würden dies nur bestätigen: «Nun braucht es eine starke Trägerschaft für eine starke Uni.» Auch Novartis-Forschungschef Paul Herrling lobte die geplante bikantonale Zusammenarbeit. Die Nähe zur Uni sei für die industrielle Forschung fundamental, denn diese ergänze sich ideal mit der Grundlagenforschung an der Hochschule.

Ob und wie sich die gemeinsame Trägerschaft direkt auf die Studierenden auswirken wird, wagte Jus-Studentin Sandra Stämpfli noch nicht zu sagen. «Es muss sich erst zeigen, ob wir von diesem Vertrag profitieren können.» Gäbe es jedoch noch mehr Studierende, müsse dringend in die Infrastruktur investiert werden.

SVP kritisiert Finanzierung

Poltern konnte einzig SVP-Landrat Karl Willimann: «Wir befürworten zwar die Trägerschaft, aber sie geht nicht weit genug.» Die Partei fordert in ihrer Stellungnahme eine finanzielle Beteiligung der Kantone Solothurn und Aargau, die ebenfalls einen respektable Teil der

Studierenden stellen, sowie eine Kostenverteilung nach Finanzstärke. Zudem soll die Uni Basel in Uni beider Basel umbenannt werden. «Ähnlich der Fachhochschule Nordwestschweiz», so Willimann.

«Der Finanzausgleich wird auf nationaler Ebene erledigt», winkte Eymann die finanziellen Einwände ab. Man sei den Baselbietern bereits entgegengekommen: Die Aufteilung des Restdefizits geschehe gerade deshalb paritätisch und nicht nach den Studierendenzahlen. Zudem müsse man sich gut überlegen, ob man einen 550 Jahre alten Namen abändern wolle.

Willimann und Wüthrich betonten allerdings, dass sie eine Volksabstimmung begrüßen würden, auch wenn das Geschäft Ende Sommer im Parlament behandelt werden dürfte. Die Abstimmung würde somit in den März 2007 fallen. «Es ist dem Thema nur angemessen, dass das Volk sagt, was es will», so Wüthrich: Immerhin hat das Stimmvolk einer gemeinsamen Fachhochschule Nordwestschweiz auch schon mit 74 Prozent zugestimmt.